

trendletter

ZUSAMMENHALT

Der Kitt für unsere Gesellschaft

Zusammenhalt ist wichtiger denn je - das haben uns die Ereignisse des Frühjahrs mit aller Wucht vor Augen geführt. Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dauerhaft zu stärken, ist ein generelles Umdenken notwendig, sagt Dr. Michael Böhmer: Sozialer Zusammenhalt muss von vorneherein als fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik gedacht werden, wenn wir als Gesellschaft in Wohlstand und Glück leben wollen. Michael Böhmer legt Deutschland auf die Couch und zeigt die Richtung für ein neues soziales und zugleich ökonomisch erfolgreiches Miteinander. Er liefert zahlreiche konkrete Vorschläge für die Praxis, sei es zur Rentenpolitik, zur Erbschaftssteuer oder zur Infrastruktur. Damit wir alle in Zukunft gut und gerne in diesem Land leben.



220 Seiten
22,99 € (D) | 23,70 € (A)
ISBN 978-3-95972-308-4

FBV

www.finanzbuchverlag.de

Impressum

– Herausgeber:

Prognos AG
Unternehmenskommunikation
St. Alban-Vorstadt 24
4052 Basel | Schweiz

Telefon: +41 61 32 73-310
Fax: +41 61 32 73-300
E-Mail: info@prognos.com
www.prognos.com
twitter.com/prognos_ag

– Hinweise:

Auszug/Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet.
www.prognos.com/trendletter

– Redaktionsleitung:

Felizitas Janzen, Julia Thurau

– Redaktionsteam:

Dr. Olaf Arndt, Dr. Michael Böhmer, Christian Böllhoff, Andreas Heimer, Jens Hobohm

Kontakt: trendletter@prognos.com

– Mitarbeit:

Michael Astor, Roman Bartuli, Matthias Canzler, Dr. Jonathan Eberle, Dr. Oliver Ehrentraut, Lukas Haberland, Gwendolyn Huschik, Cordula Klaus, Amelie Kloas, Hans-Paul Kienzler, Klaudia Lehmann, Lorenz Löffler, Dr. Stefan Moog, Claudia Münch, Dr. Elisabeth Öfner, Dr. Andreas Sachs, Björk Smith, Evelyn Stoll, Bernhard Wankmüller, Michael Wasner, Antonia Wentrot, Dr. Dagmar Weßler-Poßberg, Heike Winter-Hamerla

– Konzept, Produktion & Illustrationen:

STÜRMER & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation

– Bildnachweise:

Rene Neumann (Cover), FBV, FOTOS Koroll (1, 2, 5, 9, 11- 13, 17-21, 23-26), iStock/skynesher (2), stocksby/Marti Sans (4), Hans-Günther Kaufmann (6-8), Fotolia/highwaystarz (9), Adobe Stock/Gundolf Renze (10), iStock/Bobex-73 (11), iStock/Robby Sheets (12), iStock/vgajic (13), stocksby/Audrey Shtecinjo (14-15), iStock/typhoonski (16), iStock/ti-ja (18) iStock/kzenon (20), iStock/monzenmachi (21), iStock/DragonFly (22), iStock/MarioGuti (23), AdobeStock/kasto (24), Fotolia/spqj (25) Prognos, Daniel Koebe, Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“/Sandro Jödicke, ift Rosenheim, Vladimir Nikulenko/UNECON, Ralf Breer, ailFreight.com/ Daphne de Vries (29 v.l.n.r./o.n.u.)

– Auflage:

Digital: 18.800 Leserinnen und Leser

Hände, ausgerechnet Hände ...



... – vielleicht haben Sie das auch gedacht, als Sie unser Titelbild gesehen haben, und sind unbewusst ein wenig zusammengezuckt.

Wir haben dieses Heft geplant, als Sars-CoV-2 in erster Linie ein chinesisches Problem war. Das ist gar nicht so lange her, wie es scheint. Und doch sieht die Welt heute ganz anders aus. Einige Texte mussten wir deshalb noch einmal neu denken. Die moderne Kulturpolitik etwa. Sie hatte in den vergangenen Wochen immense Aufgaben zu bewältigen. Als Partner des Kompetenznetzes Kreativwirtschaft des Bundes ist Prognos mittendrin. Andere Texte haben wir genau so gelassen, wie sie waren. Denn die Coronakrise verordnet uns zwar in vielen Fragen eine Zwangspause. Doch Themen wie die Bekämpfung des Klimawandels haben deswegen nicht an Bedeutung verloren. Mit unserem *trendletter* richten wir ganz bewusst den Blick nach vorne, ohne zu vergessen, was ist und war.

Deswegen das Titelbild. Trotzdem, möchte man fast sagen. Oder: gerade jetzt! Denn so paradox es ist, dass Solidarität und Zusammenhalt sich zurzeit vor allem darin zeigen, dass wir Abstand voneinander halten, uns nicht einmal die Hände geben können, so sehr steht diese Geste doch auch für das, was wir gerne zurückhaben wollen und was bislang (im wahrsten Sinn des Wortes) für Zusammenhalt stand: Das Reichen von Händen.

Die Coronakrise scheint viele Differenzen innerhalb der Gesellschaft beiseite zu wischen. Deutschland vor dem kollektiven Ausnahmezustand, – das war ein Land, in dem die Fliehkräfte zugenommen und sich viele Risse aufgetan hatten. Doch von dem Virus sind nun alle bedroht. Jede und jeder für sich zwar, aber alle gleichzeitig. Diese Bedrohung eint. Wir sagen wieder „wir“. Nichts schweißt so stark zusammen wie eine gemeinsame Mission.

Das Coronavirus wird sichtbar machen, wie es um uns steht und zu was wir gemeinsam in der Lage sind: In wem von uns eine Alltagsheldin bzw. ein Alltagsheld steckt und in wem eine Egoistin bzw. ein Egoist, wer verletzlich ist und wer belastbar. Es legt frei, wie unterschiedlich wir wohnen, was wir arbeiten, wie viel Geld wir haben. Wer

beispielsweise keine Wohnung hat, hat auch keinen Rückzugsraum vor der Pandemie. Daher sind wir vor dem Virus eben nicht alle gleich. Und je länger die Krise dauert, desto deutlicher werden die Ungleichheiten zutage treten. Es ist ein Stresstest für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft. Es wird sich zeigen, wie stark unsere politischen Institutionen sind und ob unsere soziale Ordnung und die Systeme mit der nötigen Resilienz ausgestattet sind.

Mehr noch: Alles, was jetzt passiert, wird in unserer Gesellschaft auch dann noch nachwirken, wenn eine Schutzimpfung gegen das neue Coronavirus so normal geworden ist, wie ein Löffel Hustensaft bei einer Erkältung. Bis es soweit ist, können wir die Krise aber auch als eine Art Fitness-Camp nutzen. Denn je besser wir in diesen Zeiten unsere Fähigkeiten in Disziplinen wie Umsicht, Rücksicht, Mitgefühl und Fürsorge trainieren, desto besser werden Zusammenhalt und Solidarität auch danach funktionieren. Und dass diese gesellschaftlichen Qualitäten immer wichtiger werden, war auch vor Corona schon evident – ob in der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft oder eben auch besonders im Miteinander dieser Teilsysteme. Insofern: Lassen Sie uns diese Chance nutzen und fortentwickeln – sprichwörtlich Hand in Hand. Darauf setze ich, dann ist mir um die Zukunft auch jetzt nicht bange.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzlich, Ihr

Christian Böllhoff
christian.boellhoff@prognos.com



Lesen Sie auch den Gastbeitrag von
Christian Böllhoff im Handelsblatt.
link.prognos.com/HB_gastbeitrag

Eine gute Idee

Dialog als Chance begreifen

Ob zum Schutz der Flora und Fauna oder zur Reform des Leistungssports, zur Förderung von Start-ups oder zur Bioökonomie – schaut man in den aktuellen Koalitionsvertrag, empfiehlt die Bundesregierung allenthalben „Dialogprozesse“. Zweifellos kann der Austausch zwischen unterschiedlichen Akteuren dazu beitragen, soziale Spannungen oder politische Konflikte zu überwinden. Aber Dialog ist kein Selbstzweck. Er kann sogar kontraproduktiv sein, wenn er sich als Scheinbeteiligung entlarvt, die lediglich der Imagepolitik oder Akzeptanzbeschaffung dient.

Wenn gesellschaftlicher Dialog auch mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt bewirken soll, bedarf es zweier Grundvoraussetzungen: Politik und Verwaltung müssen konkrete Entscheidungsspielräume eröffnen und die Ergebnisse, die dabei herauskommen, auch in ihrem Handeln berücksichtigen. Umgekehrt sollten Bürgerinnen und Bürger Beteiligung als echte Chance für Verständigung begreifen. Das heißt: nicht nur blockieren, sondern sich engagieren – und neben den eigenen (Partikular-)Interessen auch Interessen anderer und das Gemeinwohl im Blick haben. Nur so können Dialogverfahren am Ende gesellschaftliche Gräben schließen – anstatt sie weiter zu vertiefen. —

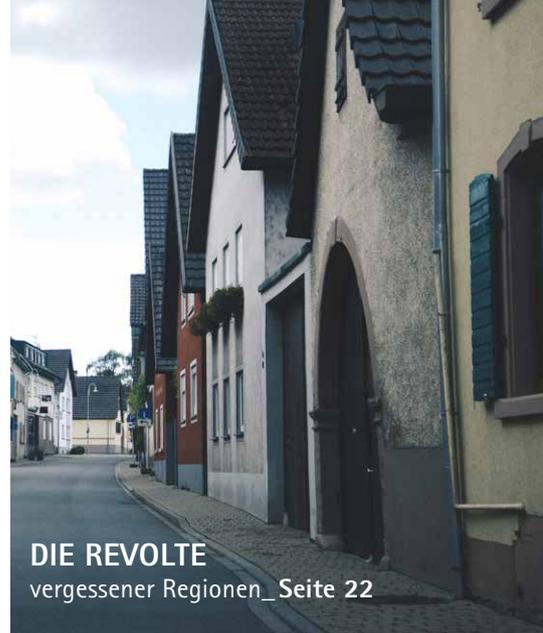


Lukas Haberland, Düsseldorf
lukas.haberland@prognos.com

Lukas Haberland ist Projektleiter im Bereich Planung & Dialog. Bei Vorhaben aus dem Energie- und Infrastrukturbereich befasst er sich regelmäßig mit der Frage, wie gegensätzliche Standpunkte zusammengeführt werden können und wie sich im Dialog die Balance zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl herstellen lässt.

INHALT

Eine gute Idee Dialog als Chance begreifen	2	Ausgerechnet Zusammenhalt in Zahlen	14
Streiten für Zusammenhalt Die Menschen in Deutschland wünschen sich mehr Zusammenhalt.	4	Afrikanische Weisheit im Klimaschutz Um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, braucht es Zielorientierung, Mut und einen klugen Interessen- ausgleich.	16
Kommunikation mit dem unbekannten Dritten Hetzreden und Shitstorms bringen Social Media in Verruf. Dabei ist es ein Medium, das sehr wohl zu neuen Lösungshorizon- ten beitragen kann, sagt der Soziologe Professor Dr. Armin Nassehi im Gespräch mit dem <i>trendletter</i> .	6	Kultur und Zusammenhalt in ländlichen Regionen Hochkultur stiftet Identität, Breitenkultur schafft Pluralität.	18
Eine gute Idee Vereine entlasten – Zivilgesellschaft stärken	9	Werkstattbericht Der Mehrwert von Führung	19
Starke Rente – starke Gesellschaft Die Idee des Umlageverfahrens brachte Rentnerinnen und Rentnern Ende der 50er-Jahre die ersehnte Teilhabe am Wirtschaftswunder.	10	Eine gute Idee Arbeit versichern	20
Eine gute Idee Geteiltes Wissen ist doppeltes Wissen	12	Stadtpolitik: Vielfalt als Chance Zusammenhalt in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft wird durch alltägliche Begegnungen und den Austausch miteinander gestärkt.	21
Früh übt sich: Demokratieerziehung in der Kita Mit der richtigen Unterstützung können Kinder bereits im Kinder- gartenalter zu demokratischem Handeln geführt werden.	13	Die Revolte vergessener Regionen Wo die Wirtschaft stagniert, Perspektiven und Chancen fehlen, schwindet der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt.	22



DIE REVOLTE
vergessener Regionen_ Seite 22

Der andere Blick auf die Bahn Warum wir einen Perspektivwechsel brauchen.	24
Wohnungs(bau)politik – Zeit für die Kehrwoche Fehlender Wohnraum und hohe Bodenpreise spalten die Gesellschaft.	25
Standpunkt: Modern talking Politik muss erklärt werden!	26
Blick in die Projekte	27
Rückblick in Bildern	29



FRÜH ÜBT SICH:
Demokratieerziehung in der Kita_ Seite 13



INTERVIEW MIT PROF. DR. ARMIN NASSEHI
Das Netz ist ein Teil der Gesellschaft_ Seite 6

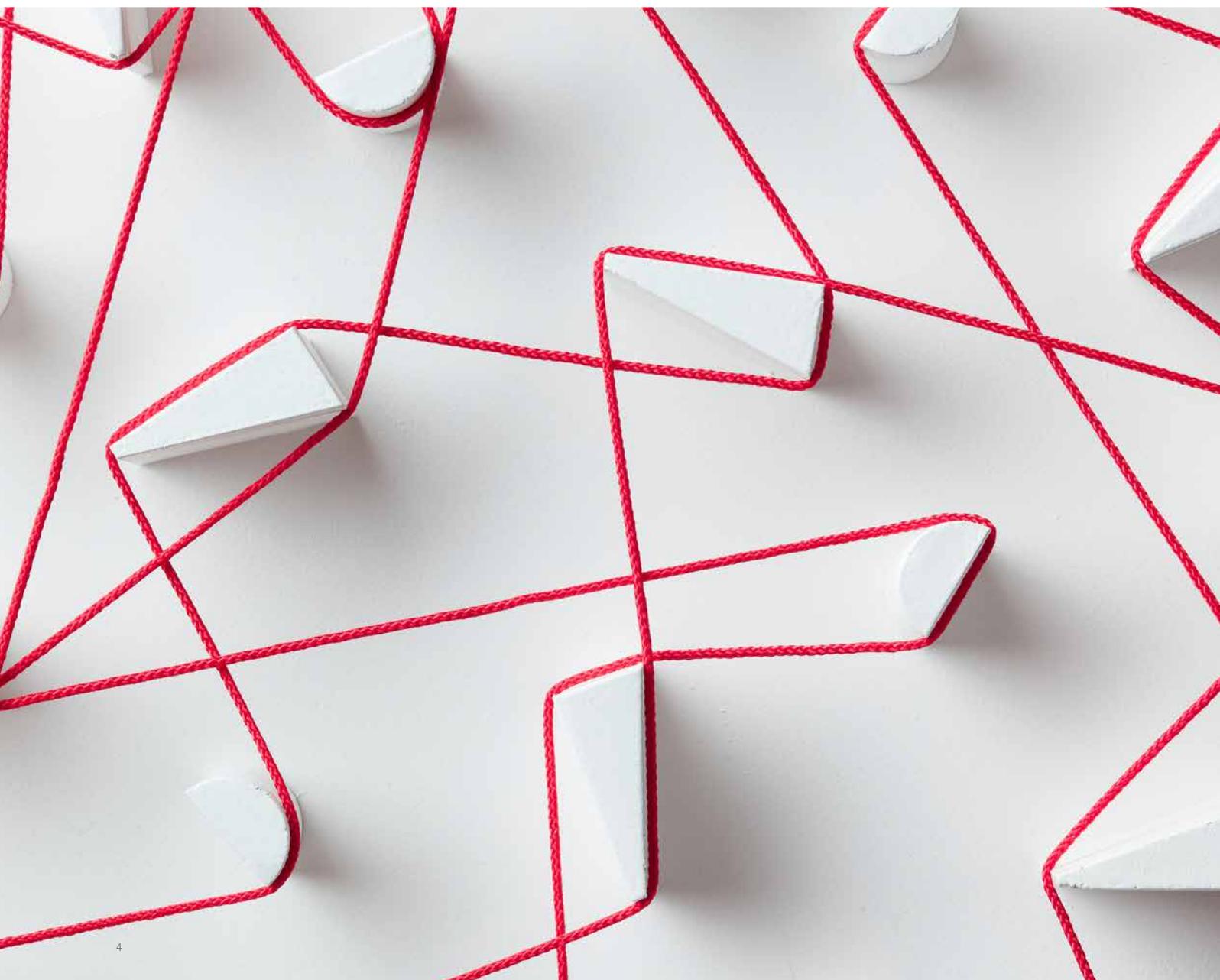
Streiten für Zusammenhalt

Die durch das Coronavirus ausgelöste Pandemie trifft die deutsche Gesellschaft in einer Phase, in der ihr ein schlechtes Zeugnis ausgestellt wird: Sie driftet immer unversöhnlicher auseinander und Diskurse würden vor allem in isolierten Welten von Gleichgesinnten geführt. Dabei ist gerade in Zeiten der Not der Wunsch nach Zusammenhalt besonders groß.

Die Menschen in Deutschland stehen, wie die Menschen in vielen Staaten dieser Welt, vor der Herausforderung, der aktuellen Pandemie wirkungsvoll und solidarisch zu begegnen. Die realen Einschränkungen führen zu einer ambivalenten Situation: Das Pflegen persönlicher

Kontakte wird im direkten Austausch eingeschränkt. Gleichzeitig sind diese Kontakte zum Beispiel für Alte und Alleinstehende entscheidend, um die Probleme des Alltags zu lösen. Doch es scheint zu gelingen, diese Ambivalenz aufzulösen.

Die Diagnose vor der Corona-Pandemie: Zwei Drittel der Befragten sahen den gesellschaftlichen Zusammenhalt als eher schwach oder sehr schwach an. So eine Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Prognos im Winter 2019 durchgeführt hat. Während der Pandemie: Nachbarn helfen sich aus. Jugendliche gehen für ihre Großeltern einkaufen. Man dankt denen, die in systemrelevanten Berufen ihren Dienst tun und ruft zur Rettung von Gastronomie, Kultur und Einzelhandel auf.



Was verbindet die Menschen einer Gesellschaft und was trennt sie? Wissenschaftlichen Definitionsansätzen ist gemein, dass Zusammenhalt die Qualität des Miteinanders in einem Gemeinwesen beschreibt. Hervorgehoben werden zum Beispiel

- belastbare soziale Beziehungen, die von Vertrauen und Diversitätsakzeptanz gekennzeichnet sind,
- eine positive Verbundenheit mit den Mitmenschen, das heißt, dass man sich mit diesen identifiziert, sich gerecht behandelt fühlt und den Institutionen vertraut, und
- eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung, die durch Solidarität, die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung der gemeinsamen Regeln geprägt ist.

Die Befragungsergebnisse zeigen: Wichtig für den Zusammenhalt ist in der Wahrnehmung der Bevölkerung das Teilen und Leben einiger zentraler Werte. Dabei spielen soziale Nähe und Solidarität eine große Rolle. Außerdem erhalten strukturelle Aspekte – etwa die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe oder der Zugang zu Bildung – eine besondere Bedeutung. Die verbreitete Annahme, dass eine zunehmende Vielfalt von Kulturen, Werten und Lebensstilen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt, bestätigt sich hingegen nicht.

In Detailanalysen offenbart sich aber ein irritierendes Paradoxon: Die Mehrheit der Befragten legt großen Wert auf eine gerechte, soziale und solidarische Welt und sieht diese im persönlichen Umfeld gewährleistet. Viele sind ehrenamtlich tätig und verfügen über ein gutes und ausgeprägtes soziales Netzwerk. Anders bewerten sie dagegen die Situation der Gesellschaft. Aus Sicht der Befragten dominieren dort Materialismus und Egoismus.

Wie erklärt sich dieses Paradoxon? Zu nennen sind im Besonderen zwei Aspekte:

1. Der sozioökonomische Status und das Bildungsniveau wirken sich auf die Wahrnehmung des Zusammenhalts aus. Dabei spielen nicht nur die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Befragten eine wichtige Rolle. Bereits das Gefühl ungerechter Behandlung bzw. mangelnder Chancengleichheit reicht aus, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage zu stellen. So geben

Menschen, die sich subjektiv arm fühlen, dies aber nach objektiven Kriterien nicht sind, häufig ähnliche Einschätzungen ab wie die tatsächlich in Armut Lebenden.

2. Eine geringe politische und gesellschaftliche Teilhabe und mangelndes Vertrauen in die demokratischen Institutionen wirken sich ebenfalls negativ aus. Konstatiert wird eine geringe Bürgernähe der Politik. Diese Menschen verlieren häufig das Interesse am politischen und gesellschaftlichen Engagement, da ihnen die positive Erfahrung fehlt, etwas bewirken zu können. Dies geht so weit, dass sich einzelne Bevölkerungsgruppen „unsichtbar“ fühlen (More in Common 2019). In den ersten Wochen des Lebens mit der Corona-Pandemie ist zu beobachten, dass die Solidarität in den kleinen Netzwerken funktioniert und als Impuls auf die gesamtgesellschaftliche Ebene auszustrahlen scheint. Die betroffenen Länder Westeuropas rücken als Gesellschaften zusammen und bringen den Einschränkungen des privaten und beruflichen Alltags eine hohe Toleranz entgegen.

Fazit: Die mehrheitlich geteilten Werte Solidarität und soziale Nähe sowie der Wunsch nach mehr Zusammenhalt benötigen eine Diskursebene in der Politik, um Wege eines engagierten Austausches hierzu zu finden. Offenkundig ist es in der aktuellen Situation gelungen, politische Entscheidungen zu erklären, solidarisches Handeln zu bewirken und Partikularinteressen zu überwinden. Dies schafft die Grundlage für akzeptierte und nachhaltige Lösungen. Ob dieser Weg für weitere Zukunftsfragen unseres Sozialstaates beschritten wird, zum Beispiel für den Arbeitsmarkt, das Rentensystem, die Energie- oder Verkehrswende, bleibt abzuwarten.

Neben dem Verständnis für Maßnahmen in einer gesamtgesellschaftlichen Krisensituation braucht es Möglichkeiten der Teilhabe. Der offene Austausch und die freie Meinungsäußerung ohne Anfeindungen benötigen wiederum Befähigung durch Bildung. Auch und gerade in Zeiten, in denen die Vermittlung von Bildung und Werten medial neu gedacht werden muss.

Bei allen realen Konflikten: Die Wahrnehmung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft ist schlechter als die soziale Realität. Wichtig ist, diese Wahrnehmungslücke zu schließen und den sozialen Zusammenhalt in einem streitbaren Miteinander zu stärken. _



← **Cordula Klaus, Berlin**
cordula.klaus@prognos.com

Cordula Klaus arbeitet bei Prognos als Projektleiterin im Bereich Wirtschaft & Innovation. Derzeit leitet sie das Zukunftsbüro des Foresight III Prozesses für das BMBF. Neben der Identifizierung von Zukunftsthemen erarbeitet das Zukunftsbüro Vertiefungsstudien. Auf vorausschau.de wird die Studie „Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land“ veröffentlicht.

Mehr zum Zukunftsbüro unter
www.vorausschau.de



Kommunikation mit dem unbekanntem Dritten

Hetzreden und Shitstorms bringen Social Media in Verruf. Weil dort jede und jeder alles zu allen sagen kann, braucht es eine neue Art der Kommunikation, die die Meinungsfreiheit auch im Netz in ihre demokratischen Schranken weist, sagt der Soziologe Professor Dr. Armin Nassehi im Gespräch mit dem *trendletter*.

In der Demokratie ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Im Netz kann und darf jeder und jede sagen, was er oder sie denkt. Aber sind Social-Media-Kanäle deshalb demokratisch? Oder machen sie Diskussionen nicht einfach nur komplizierter und Konsens aussichtslos? Nicht nur im Netz darf jeder und jede sagen, was er oder sie denkt. Das Netz ist ein Teil der Gesellschaft, allerdings ein Medium mit ganz eigenen Regeln. Das Problem der Meinungsfreiheit hat zwei Seiten: Die eine Seite ist, dass man Meinungsfreiheit nicht einschränken darf – sonst wäre es keine Meinungsfreiheit. Die andere Seite aber ist die Praxis, also der Umgang mit der Meinungsfreiheit. Es gibt eine lange Denktradition zu der Frage, inwiefern Freiheit nur möglich ist, soweit ich die Freiheit und die Rechte meines Gegenübers

nicht einschränke. Frei zu kommunizieren setzt also gewisse Regeln und Habitus voraus. So reguliert sich mündliche Kommunikation durch die Anwesenheit des Gegenübers. Zeitungs-, Radio- oder Fernsehmedien leben von Journalisten, also Gatekeepern, die für zivilisierte Kommunikationsverhältnisse sorgen sollen, übrigens damit man unterschiedliche Meinungen sicherstellen kann. Im Netz aber scheint es solche Schwellen nicht zu geben. Kommunikation ohne Gatekeeper, ohne das limitierende unmittelbare Gegenüber, zum Teil in anonymer Form, lässt Hemmschwellen sinken und Kommunikationsverläufe schnell erhitzen.

„Das Netz ist ein Teil der Gesellschaft, allerdings ein Medium mit ganz eigenen Regeln.“

Will man also Meinungsfreiheit im Netz sichern, müssen sich auch hier Regeln und Habitus ausbilden können, die die Kommunikation zivilisieren. Denn das Demokratische an der Meinungsfreiheit ist gerade nicht die unkontrollierte Meinungsäußerung, sondern ihre zivilisierte Form.

Welche Systeme oder Menschen (über)fordert das besonders?

Die einfache Antwort wäre: derzeit fast alle, aber auf unterschiedliche Weise. Allein die Schnelligkeit der Kommunikation macht es etwa für politische Akteure heute schwerer, Entscheidungszeit zu bekommen. Auch Unternehmen müssen viel schneller reagieren. Und private Nutzer werden mit so viel Informationen konfrontiert, dass es kaum mehr möglich ist, das Relevante vom Irrelevanten zu unterscheiden. Wie bei allen Medienrevolutionen dauert es seine Zeit, bis Strukturen dafür sorgen, dass wir uns besser in ihnen bewegen können.

Und sollte uns dieser Zustand Sorgen machen? Gefährdet er gar unsere Demokratie? Es ist zumindest eine Herausforderung für öffentliche Debatten, nicht zuletzt wegen der neuen Manipulationsmöglichkeiten, der Verbreitung von Lügen, des Drucks durch Shitstorms etc. Eine Gefahr für die Demokratie sehe ich nicht, aber eine Herausforderung für manche demokratischen Prozeduren.

Gibt es Möglichkeiten, darauf zu reagieren? Wenn ja: Wer kann oder sollte es tun? Zum einen müssen rechtliche Möglichkeiten geprüft werden, wie man das geltende Recht auch im Netz durchsetzen kann und ob es zusätzlich womöglich speziell für das Netz zugeschnittene rechtliche Formen braucht. Aber es ist auch eine ganz praktische Frage von Anbietern, von Plattformen, von moderierten Angeboten zur Durchsetzung von Netiquette, von Kommunikationsregeln, zum Teil mit der Folge des Ausschlusses bei Nichtbeachtung. Solche Formen gibt es ja. Und man sollte nicht so tun, als würde Kommuni-





kation im Netz nicht auch sehr positive Folgen haben. Im Netz kann man sich auch hervorragend informieren, es gibt niedrigschwellige Möglichkeiten, an Diskursen teilzunehmen, und es gibt neue Arten von Publikationen. All das gelingt nur, weil kreative Leute sich darum gekümmert haben, hier Formen zu etablieren, die sich bewähren können.

„ Die Komplexität der modernen Gesellschaft führt auch dazu, dass Lösungen niemals mehr die einfache Form annehmen können, die viele gerne hätten.“

Sechs der Unwörter des Jahres aus den 2010er-Jahren stammen aus der Migrationsdebatte (Anm. d. Red.: Döner-Morde, Sozialtourismus, Lügenpresse, Gutmensch, Volksverräter, Anti-Ab-schiebe-Industrie). 2019 kam der Klimawandel hinzu mit dem Unwort „Klimahysterie“. Warum polarisieren ausgerechnet diese Themen? Das Gemeinsame dieser Themen besteht in einer merkwürdigen Kombination von angeblichem Kontrollverlust und Eliteversagen. Die Komplexität der modernen Gesellschaft führt auch dazu, dass Lösungen niemals mehr die einfache Form annehmen können, die viele gerne hätten. Deshalb bieten sich diese Themen so sehr zur Polarisierung an, wobei es gar nicht in erster Linie eine Polarisierung zwischen unterschiedlichen Lösungen ist, sondern zwischen realistischen, machbaren, pragmatischen Lösungen und der Illusion der Einfachheit.

Im Internet finden sich wissenschaftliches fundiertes Wissen, aber auch Zweifel und Falschinformationen. Wenn es dabei um die angebliche Nicht-Existenz der Stadt Bielefeld geht, mag das noch lustig sein, bei Gerüchten zum Coronavirus oder Klimawandel wird es schnell ernst. Haben die Menschen das Vertrauen in Experteninformationen verloren? Wir leben in einer Kultur immer stärkerer Symmetrisierungen: Jede und jeder darf und soll zu allem und zu jeder Zeit etwas sagen dürfen. Das setzt Expertise ziemlich unter Druck. Wahrscheinlich ist die unglaublichste Figur für manche heute der kompetente, mittelalte, heterosexuelle weiße Mann in Führungsposition. Ich behaupte nicht, dass dieser Typus immer recht hat, selbstverständlich nicht. Aber im Netz und der entfesselten Kommunikation der Gegenwart wird die Pose, die ästhetisierbare Form, die Sprecherposition mindestens genauso wichtig wie das gute, gar das bessere Argument. Das lässt sich vor allem im Netz besonders gut beobachten, wo tatsächlich alle alles zu allem kommunizieren können und kommunizieren.

Interessant ist, dass im Rahmen der Coronakrise Expertise wieder an Relevanz gewinnt – vielleicht, weil hier beim besten Willen nur die Dümmersten behaupten können, einer der üblichen Verdächtigen sei schuld daran: der Kapitalismus, die Flüchtlinge, das internationale Judentum, der Multikulturalismus oder die westliche Dekadenz – wobei, manche solcher Sätze hört man schon, aber sind noch lächerlicher als sonst.



„Das Netz ist ein Medium, das sehr wohl zu neuen Lösungshorizonten beitragen kann. Das Netz ist Problem und Lösung zugleich.“

Sofern man Ihrer Ansicht nach von einer Vertrauenskrise sprechen kann: Wie schlimm steht es um uns? Und vor allem: Wie kommen wir da wieder raus? Es steht nicht schlimm um uns, aber wir befinden uns in einer Situation, in der neue Formen gefunden werden müssen – in der Politik, bei Entscheidungsfindungen etc. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine neue, vernetzte Praxis brauchen, Leute an einen Tisch zu bekommen, die normalerweise nicht zusammenhocken. Wie kann man ökonomische, politische, wissenschaftliche, rechtliche Expertise so aufeinander beziehen, dass neue Lösungshorizonte entstehen? Daran muss man arbeiten – und das geschieht auch. Das Netz ist ein Medium, das dazu sehr wohl beitragen kann. Das Netz ist Problem und Lösung zugleich.

Prof. Dr. Armin Nassehi

Prof. Dr. Armin Nassehi ist Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und seit 2012 Herausgeber der Kulturzeitschrift „Kursbuch“. Nassehi hat kürzlich mit „Muster“ (C. H. Beck) eine neue Theorie der digitalen Gesellschaft vorgelegt.

Zuletzt: Sie selbst twittern und setzen sich auch schon einmal argumentativ mit Rechtspopulisten auseinander. Was ist Ihre Motivation? Zusammenhalt durch Diskurs? Das Interessanteste an der Kommunikation in sozialen Netzwerken ist ja, dass man nicht nur mit dem Gegenüber kommuniziert, sondern für Dritte und vor Dritten. Wer im Netz kommuniziert, rechnet mit mehr oder weniger unsichtbaren Dritten, die mitbeobachten. Das strukturiert die Kommunikation in den sozialen Netzwerken sehr stark – und das muss man entsprechend einsetzen.

Eine gute Idee

Vereine entlasten – Zivilgesellschaft stärken

Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht Freiräume für gemeinschaftliche Vorhaben. Vereine bieten solche Freiräume, sie sind gelebte Zivilgesellschaft. Länder und Gemeinden sollten Vereinsmitglieder deshalb bei ihrer Arbeit unterstützen, indem sie bürokratische Hürden abbauen. Denn wenn es darum geht, eine Jugendabteilung im Sport, eine Chorfreizeit, ein Stadtfest oder eine Vereinswebsite zu organisieren, ist ein dichtes Netz an Regularien gespannt: Vom Datenschutz über Hygienevorschriften und Sicherheitserfordernissen bis hin zum Steuerrecht ergeben sich bürokratische Anforderungen, die die meist ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen und -träger überfordern. Kein Wunder, dass Vereine verstärkt Nachwuchsprobleme haben. Baden-Württemberg macht es anders: Dort ist die NI-Charta Sport an den Start gegangen. Sie begleitet Sportvereine auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung wird ein Nachhaltigkeitsmanagement etabliert, das Vereine fit für die Zukunft macht. Gleichzeitig baut der Normenkontrollrat Baden-Württemberg unnötige Bürokratie für Vereine und Ehrenamt ab, damit sich Vereine wieder mehr auf ihr gesellschaftliches Wirken konzentrieren können. _



Lorenz Löffler, Berlin
lorenz.loeffler@prognos.com

Lorenz Löffler ist Berater in der Managementberatung bei Prognos. Dort begleitet er die strategische Gestaltung von Organisationen und Prozessen im öffentlichen Sektor. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie Bürokratieabbau.

Mehr zur NI-Charta Sport unter
link.prognos.com/NCharta_Sport

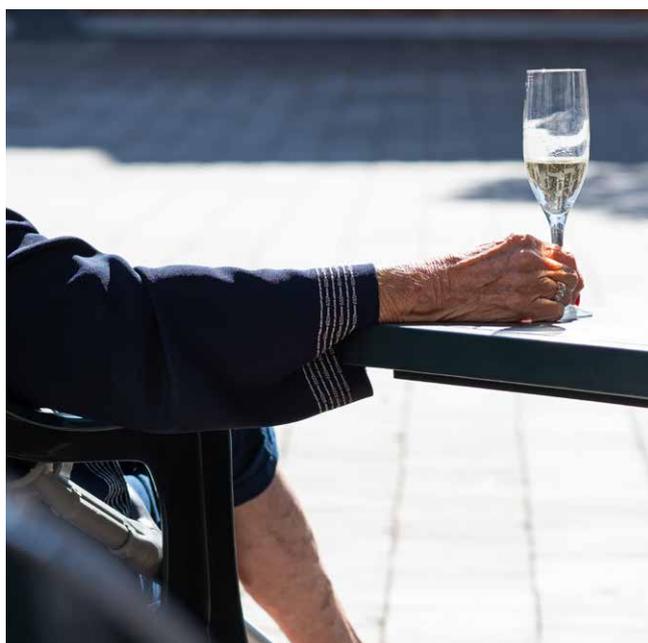


Starke Rente – starke Gesellschaft

Die Idee des Umlageverfahrens brachte Rentnerinnen und Rentnern Ende der 1950er-Jahre die erhoffte Teilhabe am Wirtschaftswunder. Beitragszahlende bauten nun nicht mehr ihre eigene Rente auf, sondern finanzierten die Bezüge der aktuellen Rentenbezieherinnen und -bezieher. Die deutsche Sozialversicherung wurde zum Ausdruck von Solidarität und Zusammenhalt. Doch mit dem demografischen Wandel sind neue Ideen gefragt. Kann das Umlageverfahren heute noch den Zusammenhalt sichern?

Mit der Jahrtausendwende kamen die Reformen in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV). Und mit ihnen ein Finanzierungskompromiss für den seit Jahrzehnten bestehenden Generationenvertrag. Der verteilt die finanziellen Belastungen infolge der demografischen Entwicklung nun gleichmäßiger zwischen Alt und Jung.

Es wurde allerdings verpasst, den grundsätzlichen Konstruktionsfehler in den Sozialversicherungen zu beseitigen. Nicht der demografische Wandel ist die Ursache der Finanzierungsprobleme. Der Fehler liegt in dem ausschließlich auf die Gegenwart gerichteten Blick.



In den Sozialversicherungen wird der Beitragssatz in jedem Jahr so festgelegt, dass die Einnahmen gerade ausreichen, um die Ausgaben der Gegenwart zu finanzieren. Dies ist der Kern des reinen Umlageverfahrens. Das bedeutet jedoch, dass die Beitragszahlung sich nicht nach den zukünftigen Kosten des eigenen Leistungsanspruchs richtet, sondern lediglich nach ihrem Anteil an der Finanzierung heutiger Leistungen. Unter stabilen demografischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ist die Gegenwart ein Abbild der Zukunft. Heutige Beitragszahlung und zukünftige Leistung entsprechen sich. Das Umlageverfahren funktioniert. Fallen aber die demografischen Rahmenbedingungen künftig ungünstiger aus, dann sind Finanzierungsprobleme vorprogrammiert.

Die Schiefelage war bereits im Jahr 1957, dem Geburtsjahr der GRV in ihrer heutigen Form, zu erkennen. Schon damals waren die demografischen Rahmenbedingungen günstiger, als es mittel- bis langfristig zu erwarten war. Hätten sich die Beitragszahlungen bereits damals an den zukünftigen Leistungsansprüchen bemessen, wären die Beiträge in den zurückliegenden Dekaden höher ausgefallen und die GRV würde heute über eine Vermögensreserve von rund einer Billion Euro verfügen. Dies ist das Ergebnis einer Bilanz der GRV (Ch. Metzger; 2019). Infolge des Umlageverfahrens weist die Bilanz der GRV aktuell jedoch – statt einer Vermögensreserve – einen Fehlbetrag von einer Billion Euro auf.

Jeder Euro, der in der Vergangenheit nicht in die Sozialversicherungen einbezahlt wurde, muss in der Zukunft nachgezahlt werden. Für die Versichertengemeinschaft ist dies keine Frage des Ob, sondern lediglich eine Frage des Wie und von wem. Dies war die Idee hinter den Rentenreformen zu Anfang dieses Jahrhunderts: Mit der beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus wird der Fehlbetrag teilweise dadurch beglichen, dass die Leistungen nachträglich mit den zu geringen Beitragszahlungen in Einklang gebracht werden. Gleichzeitig steuern zukünftige Beitragszahlerinnen und -zahler einen Anteil bei. Diese müssen höhere Beitragszahlungen leisten, als sie im Gegenzug an Leistungsansprüchen erwerben.

Der Finanzierungskompromiss hat jedoch einen Haken. Er wurde bereits damals zugunsten heutiger Generationen ausgestaltet und die Lasten wurden in die Zukunft verschoben. Auch hat die Politik aus den Versäumnissen der Vergangenheit wenig gelernt. In der vergangenen Dekade wurden die vorübergehend verbesserten Rahmenbedingungen wieder als Anlass für Beitragsentlastungen und Leistungsverbesserungen in der Gegenwart genommen. Die Konsequenz ist, dass der Fehlbetrag in der Bilanz der GRV weiter angewachsen ist und der Finanzierungskompromiss weiter zuungunsten zukünftiger Generationen verwässert wurde.



Gesellschaftlicher Zusammenhalt setzt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen voraus. Für das Rentensystem beinhaltet dies das Vertrauen darauf, dass die Leistungsversprechen der Gegenwart in der Zukunft erfüllt werden können. Und auch zukünftige Generationen müssen darauf vertrauen können, dass ihre Leistungsansprüche in der Zukunft erfüllt werden.

Dieser Spagat ist nicht einfach, aber möglich und wird in Schweden bereits seit den 1990er-Jahren gemeistert. Allerdings erfordert das eine (teilweise) Abkehr vom Umlageverfahren. Das heißt: Statt nach aktueller Kassenlage wird der Beitragssatz so festgesetzt, dass die Beitragszahlungen den tatsächlich erworbenen Leistungsansprüchen entsprechen. Für die Versichertengemeinschaft insgesamt bedeutet das, dass Einnahmenüberschüsse für den Aufbau einer Vermögensreserve genutzt werden. Die Beitragsmittel der Gegenwart werden damit teilweise in die Zukunft übertragen und stehen zur Finanzierung der heute erworbenen Leistungsansprüche bereit. Um sicherzustellen, dass diese Regeln eingehalten werden, wird jährlich eine Bilanz erstellt, in der die Verbindlichkeiten und das Vermögen des Rentensystems erfasst werden. Zu jedem Zeitpunkt ist somit ersichtlich, wie es um die finanzielle Situation des Rentensystems bestellt ist. Gesetzesänderungen und ihre Konsequenzen für die finanzielle Stabilität des Rentensystems werden so unmittelbar in der Bilanz sichtbar.

Um das Vertrauen in das Rentensystem zu stärken und dessen Transparenz aus Sicht der Versicherten zu erhöhen, wird für die Versicherten ein (fiktives) Rentenkonto eingerichtet, auf dem die individuellen Leistungsansprüche nominal in Euro erfasst werden. Diesem Konto werden jährlich die geleisteten Beitragszahlungen gutgeschrieben. Verzinst würden die Rentenkonten in jedem Jahr in Höhe der Rentenanpassungsrate. Dies ist implizit bereits heute der Fall. Anhand des Rentenkontos wäre für die Versicherten ersichtlich, welches Rentenvermögen bereits angespart wurde und welche Rendite für ihre Ersparnisse in der GRV zu erwarten ist.

Die Herausforderungen für die Finanzierung des Rentensystems können mit der Neuausrichtung des Umlageverfahrens nicht verringert oder gar vermieden werden. Die GRV würde jedoch auf ein transparentes Fundament gestellt, welches die Finanzierungslasten nicht länger in die Zukunft verschiebt und hierdurch das Vertrauen in das Rentensystem fördert sowie den Zusammenhalt zwischen den Generationen stärkt. _



Dr. Stefan Moog, Freiburg
stefan.moog@prognos.com

Dr. Stefan Moog ist bei Prognos Spezialist für öffentliche Finanzen und soziale Sicherung. Seit seiner Doktorarbeit treibt ihn die Frage nach der „optimalen“ Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme um. Kein einfaches Unterfangen. Für ihn ein Grund mehr, den Blick über den nationalen Tellerrand zu werfen, um von anderen Staaten zu lernen.

Eine gute Idee

Geteiltes Wissen ist doppeltes Wissen

Wissen ist die zentrale Ressource in Zeiten der Digitalisierung. Es zu teilen, ist elementar für den Zusammenhalt: im Arbeitsleben und für die Gesellschaft als Ganzes. Junge Menschen haben umfangreiche Kenntnisse über neue Technologien und Kommunikationsformen; ältere dagegen haben großes Erfahrungswissen etwa über Prozesse, Zusammenhänge oder Kunden. Um diese digital divide zu überbrücken, müssen die Erfahrungen der analogen und der digitalen Welt zusammenfinden. So können neue Ideen entwickelt und Menschen befähigt werden.

Dem Wissensmanagement kommt daher ein sehr hoher Stellenwert zu. Dabei geht es nicht nur um digitale Lösungen. Viel wichtiger ist es, eine Kultur des Wissen-Teilens zu schaffen. Damit diese entstehen kann, ist es für Unternehmen, Verwaltungen, zivilgesellschaftliche Einrichtungen aber auch für die Gesellschaft als solche wichtig, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, indem Begegnungsräume geschaffen, Hierarchien abgebaut und Silos aufgebrochen werden. Gute Möglichkeiten bieten Formen des intergenerationalen Lernens und des Reverse Mentoring. Auf diese Weise können Digital Natives erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die digitale Welt näherbringen. _



Matthias Canzler, Berlin
matthias.canzler@prognos.com

Matthias Canzler ist Projektleiter in der Managementberatung und beschäftigt sich dort mit den vielfältigen Fragen der Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung. Dem ganzheitlichen Wissensmanagement kommt dabei eine tragende Rolle zu, wie er im Trendreport 2020 „Digitaler Staat“ umfassend ausführt.

Lesen Sie den Trendreport 2020 unter
link.prognos.com/trendreport2020



Früh übt sich: Demokratieerziehung in der Kita

Mit der richtigen Unterstützung können Kinder bereits im Kindergartenalter zu demokratischem Handeln geführt werden. Erzieherinnen und Erzieher leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Sie gestalten die Kita als Spielraum für demokratische Aushandlungen und stärken so die Demokratie für künftige Generationen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt lebt von der Demokratiefähigkeit und der Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört es, sowohl die eigenen als auch die Bedürfnisse und Ansichten anderer zu erkennen, zu reflektieren und zu kommunizieren, sich gegenseitig als gleichberechtigt anzuerkennen und Kompromissbereitschaft in der Aushandlung von Differenzen zu zeigen.

Demokratisches Denken und Handeln müssen Schritt für Schritt gelernt und eingeübt werden. Ideale Orte hierfür sind die Einrichtungen der Frühen Bildung. Kitas und Horte machen Demokratie bereits in jungen Jahren erleb- und erfahrbar. Erzieherinnen und Erzieher entwickeln mit den Kindern Teilnehmungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des gemeinsamen Spiels und des gemeinschaftlichen Lebens. Kinder reden beispielsweise bei der Gestaltung des Außengeländes mit oder überlegen zusammen, welchen Kuchen sie backen. In solchen gemeinsamen Entscheidungsprozessen setzen sich Kinder frühzeitig mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Meinungen auseinander und lernen dabei den demokratischen Umgang mit Unterschiedlichkeit.

Da nahezu alle Drei- bis Sechsjährigen, rund die Hälfte der Sechs- bis Zehnjährigen und knapp ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote nutzen, steckt in der frühen Demokratieerziehung ein großes Potenzial. Dies hat auch die Bildungspolitik erkannt. Im Jahr 2004 definierte die Jugend- und Kultusministerkonferenz die „entwicklungsgemäße Beteiligung von Kindern an den ihr Leben in der Einrichtung betreffenden Entscheidungen“ als übergeordnete Aufgabe der Frühen Bildung.



Demokratie und Partizipation in der Kita sind aber keine Selbstläufer. Die in vielen Einrichtungen bereits praktizierten Initiativen brauchen einen stabilen strukturellen Rahmen. Zum einen in den Bildungsplänen der Länder, in denen die durchgängig thematisierte Demokratieerziehung und Partizipation mehrheitlich noch durch Ziele, Qualitätskriterien und Handlungsempfehlungen konkretisiert werden sollten. Zum anderen durch Raum und Zeit für Teamentwicklung und Haltungsbildung der Kita-Teams. Denn die Auseinandersetzung der Teams über Mitspracherechte, Selbstbestimmung und Teilnahmeformen der Kinder ist notwendig, damit die Kita zum demokratischen Lebensraum für alle Kinder werden kann.

Eine Voraussetzung hierfür ist die Realisierung einer stabilen Fachkraft-Kind-Relation. Das heißt, dass die Zahl der Kinder, für die eine Fachkraft in ihrem Arbeitsalltag verantwortlich ist, auch unter Berücksichtigung von Vorbereitungszeiten, Fortbildung oder Elternarbeit fachlich angemessen bleibt. Daher ist auch die Bewältigung des Fachkräftemangels in der Frühen Bildung ein wichtiger Beitrag zu mehr Zusammenhalt und Demokratie in unserer pluralistischen werdenden Gesellschaft. _



Lesen Sie dazu die Studie „Zukunftsszenarien – Fachkräfte in der Frühen Bildung gewinnen und binden“.

link.prognos.com/Fachkraefte_FrueheBildung



← Gwendolyn Huschik, Freiburg
gwendolyn.huschik@prognos.com

Gwendolyn Huschik berät öffentliche und private Auftraggeber zu volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundsatzfragen, v. a. in den Bereichen Soziale Berufe und Soziale Sicherung. Für das Bundesfamilienministerium hat sie den zukünftigen Fachkräftebedarf in der Frühen Bildung mitberechnet. Der Artikel entstand in Kooperation mit Dr. Dagmar Weßler-Poßberg, Leiterin des Themenfelds Gesellschaftspolitik bei Prognos.

Zusammenhalt in Zahlen

Etwa drei Viertel der Bevölkerung sagt, der gesellschaftliche Zusammenhalt sei schlechter geworden (Quelle: Prognos AG/IfD-Allensbach). Aber wie steht es wirklich um den Zusammenhalt? Gar nicht so schlecht, belegen die Stichproben von Prognos-Expertinnen und -Experten auf dieser Seite. Aber es gibt noch viel zu tun, will man auch die Bausteine integrieren, die noch nicht zusammenpassen.

Immer mehr Deutsche engagieren sich ehrenamtlich. Mit **46%** sind vor allem Schülerinnen und Schüler zunehmend aktiv. Quelle: DIW

Chancen und Ressourcen sind ungleich verteilt. Geringverdiener-Haushalte geben rund **ein Drittel** ihres Haushaltsnettoeinkommens für den Bereich Wohnen aus – Gutverdiener-Haushalte dagegen nur rund **ein Sechstel**. Quelle: Prognos AG

Ein Viertel der 30- bis 39-Jährigen hat im zurückliegenden Jahr ein soziales Projekt über Crowdfunding unterstützt. Quelle: DIW

Das jährliche Spendenvolumen liegt relativ stabil bei rund **5 Mrd. Euro** (2017). Quelle: Spendenrat

Die Ausgaben für die soziale Sicherung lagen in Deutschland 2018 bei **996.000.000.000 Euro**. Sowohl das Sozialbudget insgesamt als auch die Ausgaben pro Kopf, sind im Vergleich zum Jahr 2010 um rund 30 Prozent angestiegen. Quelle: DIW



Alleinerziehenden bleiben nur **10 %** ihres Haushaltsnettoeinkommens für Freizeit und persönliche Wünsche. Ehepaare mit Kind haben **ein Viertel** ihres Nettoeinkommens zur Verfügung. Quelle: Prognos AG

Das Vertrauen in die Institutionen ist ambivalent – Jüngere bis 34 Jahre sind zuversichtlicher als ältere. Von ihnen haben **53 %** (sehr) großes Vertrauen in die Bundesregierung – insgesamt sind es nur **40 %**. Quelle: Prognos AG

Insgesamt **270.000 Wohnungen** fehlen in Berlin, Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart. Quelle: Prognos AG

90 % der Bevölkerung in Deutschland geben an, dass sie Freundinnen und Freunde haben, auf deren Hilfe sie jederzeit zählen können, **76 %** haben Freundinnen und Freunde, die in Notfällen 1.000 Euro leihen würden.

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Afrikanische Weisheit im Klimaschutz

„ Wenn Du schnell gehen willst, geh allein.
Wenn Du weit gehen willst, geh mit anderen.“
(Afrikanisches Sprichwort)

Wir schreiben das Jahr 2050. Deutschland emittiert nur noch Bruchteile der Emissionen, die einst aus deutschen Schornsteinen drangen. Kinder fragen nach dem Sinn von Auspuffrohren an Oldtimer-Fahr-

zeugen. Luft und Wasser sind sauberer, die Innenstädte leiser und die Artenvielfalt größer. Dennoch bleibt die Industrie Weltspitze. Das muss ein Traum sein ...

Was traumhaft klingt, ist doch viel näher an „Science“ als an „Fiction“. Die weitgehende Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen auf Werte nahe Null und die Kompensation des Rests sind machbar – und das mit erheblichen Chancen für eine erfolgreiche Wirtschaft. Was es braucht, ist ein Höchstmaß an Zielorientierung, Mut und klugen Interessenausgleichen.



- **Beispiel Gebäude:** Zuletzt ist der Energiebedarf der Gebäude kaum gesunken. Schuld daran haben vor allem größer werdende Wohnungen. Sollen die Emissionen von Heizung und Warmwasser weitestgehend vermieden werden, ist der Wärmebedarf von Gebäuden aber erheblich zu reduzieren, und die Wärmeerzeugung muss zunehmend auf erneuerbaren Energiequellen beruhen. Die Sanierungsrate ist zu verdoppeln. Klar, dass diese Maßnahmen Rückwirkungen auf die Kaltmiete haben. Die Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden müssen die Maßnahmen umsetzen, letztlich tragen aber die Mieterinnen und Mieter die Kosten. Der Vorteil für Mieter: Kluge Energiesparinvestitionen senken die Nebenkosten des Wohnens und sichern gleichzeitig gegen die Preisschwankungen fossiler Energieträger ab.

- **Beispiel Mobilität:** Trotz rasanter relativer Zuwächse machten reine Elektrofahrzeuge im Jahr 2019 erst 1,8 Prozent der Neuzulassungen aus. Sie müssen aber zur ersten Wahl der Autofahrenden im Individualverkehr werden. Denn ihre Effizienz schlägt die von Verbrennern mit großem Abstand und Strom kann einfacher klimafreundlich gewonnen werden als synthetische Alternativen zu Benzin und Diesel – um diese zu erzeugen, muss ein Mehrfaches an (erneuerbarem) Strom bereitgestellt werden. Ein Durchbruch bei der Elektromobilität erfordert einen weiteren Ausbau der Stromnetze und Ladeinfrastruktur. Landeigentümerinnen und -eigentümer sowie Anrainerinnen und Anrainer müssen gewonnen und Verfahren von Genehmigungsanträgen vereinfacht werden. Ohne eine Teilhabe der betroffenen Bevölkerungsgruppen am Nutzen des Netzausbaus, zum Beispiel über wiederkehrende Kompensationszahlungen, wird sich die notwendige Akzeptanz kaum erzeugen lassen.

- **Beispiel Onshore-Windenergie:** Sie verzeichnete 2019 mit einem Zubau von rund 940 Megawatt ihr schwächstes Jahr seit Langem. Expertinnen und Experten auch bei Prognos halten es aber für erforderlich, jährlich rund 4.000 Megawatt brutto zu installieren, um im Jahr 2040 mindestens 100.000 Megawatt zu erreichen. Hierfür werden ca. 1,5 Prozent der Landesfläche Deutschlands benötigt. Heute sind Windvorranggebiete erst auf etwa 0,9 Prozent der Landesfläche ausgewiesen. Da Windkraftanlagen je nach Bauweise und Platzierung Auswirkungen (z. B. Schattenwurf oder Geräusche) auf Anrainerinnen und Anrainer haben, bedarf es eines gesellschaftlichen Konsenses für mehr Windenergie, um die nötige Akzeptanz zu erzielen.

Die Beispiele zeigen: Damit die Energiewende nicht auf halber Strecke liegen bleibt, sind Lösungen erforderlich, die einen Interessenausgleich

zwischen Maßnahmenträgern und Betroffenen herstellen. Besonders schwierig erscheint das, wenn Akteure im internationalen Wettbewerb stehen. In der Wirtschaft spricht man von carbon leakage, wenn Unternehmen zur Vermeidung von Höherbelastungen im Vergleich zur Konkurrenz ins Ausland abwandern. Allerdings zeigen die Analysen von Prognos, dass die Wirtschaft von einem stringenten Klimaschutz sogar profitieren kann. Zahlreiche benötigte Technologien gehören zur Kernkompetenz der deutschen Wirtschaft. Hierzu zählen Werkstoffe, effiziente Produktionstechnologien sowie kluge Systemsteuerungen, um das zunehmend dezentrale und vernetzte Energiesystem effizient zu betreiben. Klimaschutztechnologien sind ein Geschäftsmodell für die Industrie der Zukunft. Eine effiziente und nachhaltige Energieverwendung ist auf lange Sicht aber auch der deutlich wirtschaftlichere und sicherere Pfad, vorausgesetzt, die negativen Wirkungen der Treibhausgasemissionen werden den Beteiligten für ihr Handeln spürbar. Zum Beispiel durch einen CO₂-Preis, der sich an der klimaverträglichen Aufnahmekapazität unseres Ökosystems orientiert und alle Emittenten belastet. Damit ein CO₂-Preis nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt, sollten sich möglichst viele Länder auf ein entsprechendes System einigen.

Der gegenwärtige Pfad der Klimapolitik führt in wichtigen Handlungsfeldern nicht zu einer Treibhausgasneutralität – schon gar nicht bis 2040 oder 2050. Es fehlte zuletzt sowohl an der Zielorientierung als auch am Mut zu unkonventionellen oder unbequemen Maßnahmen. Und es sind noch nicht alle notwendigen Mechanismen installiert, um einen Interessenausgleich zwischen den Emittenten und den Betroffenen herzustellen.

Welche Kraft und Dynamik könnten in Deutschland freigesetzt werden, wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft konsequent am Ziel der Treibhausgasneutralität ausrichten würden! Ein gemeinsames Ziel schafft Solidarität und ermöglicht Akzeptanz von Neuem, auch wenn es unbequem ist.

Der Weg zum Klimaschutz ist ein Langstreckenlauf. Das hat schon Angela Merkel erkannt, als sie auf dem World Economic Forum 2007 in Davos das obige afrikanische Sprichwort zitierte. Treibhausgasneutralität kann nur erreicht werden, wenn alle mitmachen. Hierfür bedarf es aber auch mutiger politischer Führung, die zielkonforme Maßnahmen umsetzt und dabei nach unkonventionellen Lösungen im Diskurs mit allen Beteiligten sucht. _



← **Jens Hobohm, Berlin**
jens.hobohm@prognos.com

Jens Hobohm ist Mitglied der Geschäftsleitung bei Prognos und leitet den Bereich Energiewirtschaft. Seine Themenschwerpunkte sind die Gaswirtschaft und Netzinfrastrukturen. Er berät Unternehmen, die Politik sowie NGO auf ihrem Weg in die Low-carbon-Welt.

Kultur und Zusammenhalt in ländlichen Regionen



Hochkultur stiftet Identität, aber Breitenkultur schafft Pluralität – das hat auch die Politik begriffen. Eine moderne Kulturpolitik kann den Zusammenhalt fördern und ist heute wichtiger denn je.

Mit einem Flächenanteil von knapp 90 Prozent ist Deutschland, das Land der großen Dichter und Denker, vor allem eins: ländlich. Über die Hälfte der Bevölkerung hat ihren Lebensmittelpunkt auf dem Land. Die verklärte Vorstellung vieler Städterinnen und Städter vom Leben im ländlichen Idyll aber, ist längst einem anderen Bild gewichen. Einem, das gemeinhin von Armut, Bildungsabwanderung und Überalterung erzählt. Denn hier kumulieren die Effekte des demografischen Wandels, wirken auf die Strukturschwäche (prekärer) ländlicher Regionen und prägen die Realität von Menschen mit all ihren Konsequenzen für das private und öffentliche Leben. Die zunehmende politische Polarisierung keimt und gedeiht nicht zuletzt im Nährboden dieser gesellschaftlichen Verhältnisse.

Kultur nimmt in diesen Regionen eine wichtige Funktion ein – sie ist Gegenstand und Anlass für zwischenmenschliche Begegnung, Medium für soziales Vertrauen und Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements. Doch gerade in ländlichen Regionen sind die Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten einer breiten kulturellen Teilhabe besonders schwierig: Der demografische Wandel beeinflusst die Bevölkerungsdichte und damit einen zentralen Faktor für Bestand und Vielfalt kultureller Angebote – je geringer die Bevölkerungsdichte, desto geringer folglich das Kulturangebot. Der demografische Wandel verändert aber auch die Bevölkerungsstruktur und damit die gesellschaftliche Mitte, aus der kulturelles und ziviles Engagement in der Regel erwächst.

Die Folgen des Strukturwandels und das Bewusstsein um seine Konsequenzen sorgen für Bewegung im Selbstverständnis der Kulturpolitik. Über Jahrzehnte war Kulturpolitik vor allem Stadtpolitik. Gefördert wurden die großen Künstlerinnen und Künstler sowie Kultureinrichtungen der deutschen Metropolen. Förderwürdig, so schien es, war in erster Linie die Hochkultur und damit ein sozial höchst selektives Angebot, das zuvörderst höhere Bildungsschichten erreichte. Erst seit kurzer Zeit wendet sich das Interesse der Kulturpolitik hin zum Land und damit zur Breitenkultur. Dabei steht der Begriff

stellvertretend für verschiedene Merkmale: das individuelle Interesse an Kunst und Kultur, die eigene künstlerische Betätigung sowie das zivile Engagement in diesen Bereichen. In ihren unterschiedlichen Facetten ist Breitenkultur damit vor allem auch Ausdruck bürgerlichen Verantwortungsbewusstseins, das Gemeinwohl, demokratische Werte und die Pluralität der Gesellschaft respektiert und bewahrt.

Wer eine moderne Kulturpolitik gestalten will, muss daher gezielt die Strukturen fördern, die zu einer gelebten Breitenkultur beitragen. Das schließt Laienspielgruppen und Kulturvereine ebenso ein, wie Einzelpersonen und solche, die anderen den Weg in die Kultur bereiten. Sie alle stoßen wichtige Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen an. Auch die Brauchtumpflege kann eine Chance bieten, sofern sie sinnvoll bespielt wird. Besonderes Augenmerk gilt auch den Kultureinrichtungen vor Ort. Sie sollten in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt und als kulturelle Intermediäre gestärkt und modernisiert werden. Die Übergangsgestaltung von am Hergebrachten festhaltender Institution zum zeitgemäßen Kultur- und Begegnungsort stellt dabei eine Herausforderung dar. Gleichzeitig bietet sie eine Chance zur Beförderung von Breitenkultur. Hier braucht es schlüssige Konzepte und Gelegenheiten, dafür wie Erfahrungen, Ideen und Strategien ausgetauscht werden können.

Im Zuge der Coronakrise ist das Kulturleben in Stadt und Land weitgehend zum Erliegen gekommen. Die wirtschaftlichen Folgen für Künstlerinnen und Künstler, aber für auch kulturelle Einrichtungen sind dramatisch und bedrohen Existenzen. Gleichzeitig sinken in den Kommunen die Steuereinnahmen und beschneiden das finanzielle Aktionsfeld empfindlich. Dabei ist das gemeinsam Erleben von Kultur nach der Krise wichtiger denn je. Mit einem flächendeckenden Förderfond für die Sicherung von Kulturorten in Stadt und Land etwa muss die Kulturfinanzierung gesichert werden – und damit die so zwingend notwendige kulturelle Infrastruktur in Städten und Kreisen.

Während Hochkultur Identität stiftet, schafft Breitenkultur Pluralität. Und damit eine notwendige Bedingung gegen die Entsolidarisierung und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch eine gezielte Förderung von Breitenkultur in ländlichen Regionen entsteht nicht nur ein neues und vielfältiges Kulturangebot, sondern das Fundament für kulturelle Teilhabe. _



← Roman Bartuli, Berlin
roman.bartuli@prognos.com

Zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen von heute und morgen braucht es kreative Lösungen. Als Prognos-Berater setzt sich Roman Bartuli intensiv mit den Potenzialen der Kultur- und Kreativwirtschaft auseinander. Unterstützung beim Verfassen des Textes bekam er von Klaudia Lehmann, die als Projektleiterin Strukturen und Angebote der Kulturellen Bildung untersucht.

Werkstattbericht

Der Mehrwert von Führung

Unter Beteiligung vieler Kolleginnen und Kollegen hat ein Prognos-Team Führungsrichtlinien für das eigene Unternehmen erstellt. Ein Blick in die Führungswerkstatt.

Wie ein zeitgemäßes Führungsverständnis den aktuellen Wandel in der Arbeitswelt aufgreift, das ist für Prognos nicht nur ein Analysethema. Wir suchen auch selbst nach Wegen und neuen Instrumenten, um die Individualität und Diversität aller Kolleginnen und Kollegen anzuerkennen und zugleich Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit und eine hohe fachliche Qualität unserer Zusammenarbeit zu gewährleisten. Flexibilität von Arbeitszeit und Arbeitsort und hohe Selbstbestimmungsgrade der Arbeitsgestaltung sind für viele von uns essenziell für ein erfülltes Berufsleben. Andere fordert eine stete Dynamik und die Tatsache, dass jede und jeder seine Möglichkeiten selbstverantwortlich strukturieren muss, heraus. Da sind Prognos-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter nicht anders als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen haben wir uns intensiv damit auseinandergesetzt, wie und mit welchen Werten Führung als einheitlicher und zuverlässiger Standard bei Prognos gelebt werden soll. Wie schaffen wir durch gute Führung einen Mehrwert für die Belegschaft und das Unternehmen? Und wie können wir dies bei aller Freiheit und Individualität für alle fair und verlässlich gestalten?

Die erarbeiteten Ergebnisse mündeten in verbindliche Führungsrichtlinien. Die Richtlinien zeigen nicht nur, was Führungsqualität bei Prognos bedeutet. Sie zeigen auch unser Selbstverständnis, mit dem wir diese Qualität gemeinsam sichern. Sie reichen von der Vorbildfunktion der Führungskraft über die Förderung und Wertschätzung in den Teams, von der Unterstützung einer balancefreundlichen Arbeitskultur bis

zu fairen und transparenten Feedbacks und Bewertungen. Damit die Richtlinien sich nicht in schönen Worten erschöpfen, werden sie durch über 30 konkrete Führungsaufgaben ergänzt, in denen formuliert ist, was von einer Führungskraft in bestimmten Situationen erwartet wird. Beispiele sind die Schaffung zuverlässiger Kommunikations- und Reflexionsstrukturen in den Teams, die gezielte Ermutigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur fachlich-thematischen Weiterentwicklung oder auch eine klare und verständliche Zielformulierung.

Ebenso partizipativ, wie die Richtlinien erarbeitet wurden, werden sie nun gemeinschaftlich umgesetzt und weiterentwickelt. Denn: „Gute Führung“ ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis gemeinsamer erfolgreicher Zusammenarbeit. Sie findet ihren Ausdruck in der Zufriedenheit und einem guten Zusammenhalt der Belegschaft sowie in der Qualität unserer Arbeitsergebnisse. _



Susanne Heinzelmann, Berlin
susanne.heinzelmann@prognos.com

Susanne Heinzelmann leitet die Beratungsbereiche Bildung und Beschäftigung. Neben ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Zukunft der Arbeit hat sie zusammen mit Dr. Dagmar Weßler-Poßberg den Erarbeitungsprozess der Führungsrichtlinien bei Prognos verantwortlich begleitet.

Eine gute Idee

Arbeit versichern

Der demografische Wandel, die Globalisierung oder die zunehmende Digitalisierung – die Veränderungen der Arbeitswelt sind enorm. Auch wenn aktuell die Vermeidung krisenbedingter Arbeitslosigkeit absolute Priorität haben muss, ist es wichtig, die Veränderungen der Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. Erhöhte Anforderungen, zunehmende Flexibilität und diskontinuierliche Erwerbsverläufe sind Ausdruck neuer und zunehmend beobachtbarer Erwerbsformen abseits des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses. Damit verbunden sind erhebliche Chancen. Die Arbeitslosenversicherung muss diesem Wandel Rechnung tragen und neue Aufgaben übernehmen. Nicht Arbeitslosigkeit muss versichert werden, sondern Arbeitsfähigkeit. Als Arbeitsversicherung muss sie alle Erwerbsformen, Angestellte ebenso wie selbstständige Clickworker, einbeziehen. Sie muss als Weiterbildungsträger eine lebensbegleitende Weiterentwicklung und nachhaltige Erwerbskarrieren fördern sowie Qualifizierungskosten ausgleichen. So verhindert die Arbeitsversicherung, dass Beschäftigte, Belegschaften oder gar Regionen durch Veränderungen in der Arbeitswelt oder Transformationsprozesse wie etwa den Kohleausstieg vom Arbeitsmarkt abgehängt werden. Sie schafft Beschäftigungsperspektiven und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. —



← **Dr. Oliver Ehrentraut, Freiburg**
oliver.ehrentraut@prognos.com

Prognos-Chefökonom Dr. Oliver Ehrentraut beschäftigt sich intensiv mit dem Wandel der Arbeitswelt und den damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen.

Stadtpolitik: Vielfalt als Chance

Zusammenhalt in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft wird durch alltägliche Begegnungen und den Austausch miteinander gestärkt. Eine besondere Bedeutung haben Städte und Gemeinden.

Ob bei der Arbeit oder in der Nachbarschaft – jeden Tag treffen Menschen in ihrem alltäglichen Lebensumfeld auf andere Personen. Der Austausch miteinander bildet den Kern des gesellschaftlichen Zusammenlebens einer Stadt oder einer Gemeinde. Um die Potenziale kultureller Vielfalt für Innovation sowie für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu nutzen, die politisch Verantwortlichen in Städten und Gemeinden zusammen mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gefordert, Räume und Prozesse für den positiven Austausch zwischen Menschen verschiedener kultureller Identitäten herzustellen. Denn insbesondere Vorurteile lassen sich am besten durch Begegnung und Kommunikation abbauen.

Wie entscheidend der politische Wille für den Zusammenhalt einer Gemeinde sein kann, beweisen zwei Beispiele sehr deutlich. Mechelen in Belgien und Toronto in Kanada könnten unterschiedlicher nicht sein. Doch haben sie eines gemeinsam: Sie begreifen die Diversität ihrer Einwohnerinnen und Einwohner als Chance. Die belgische Stadt Mechelen wurde so vom Schmutzkind zu einer der beliebtesten und gleichzeitig vielfältigsten Städte Belgiens. Ihr Motto: Superdiversität (eine Bürgerin oder ein Bürger ist viel mehr als seine Herkunft) ist neue urbane Realität, wird begrüßt und zur Stärke der Stadt. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurück gewinnen, investierte die Stadt zunächst in die Sicherheit und Sauberkeit Mechelens. Vor allem aber fördert sie kontinuierlich in einem engen Netzwerk aus Bürgermeisterämtern, Verwaltung, Polizei, Vereinen oder Kultureinrichtungen die Begegnung und den Beziehungsaufbau ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Gemeinsame Identität ist es, Bürgerin oder Bürger Mechelens zu sein – Partikularinteressen sollen vermieden werden. Vieles der Erfolgsgeschichte Mechelens geht auf das Engagement des Bürgermeisters Bart Somers zurück, der 2016 mit dem World Mayors Award ausgezeichnet wurde.



Ungleich größer und noch bekannter für ihre Vielfalt ist die Stadt Toronto. „Diversity is our Strength“ – der offizielle Slogan der Stadt kommuniziert klar: Vielfalt ist bedeutende Ressource der Stadt und nicht nur etwas zu Tolerierendes. Auf zahlreichen interkulturellen Stadtfesten und dem Newcomer Day wird Torontos Vielfalt gemeinsam gefeiert. Gesteuert wird die Diversitätspolitik zentral. So wird sichergestellt, dass die Selbstverpflichtung der Stadt zu Gleichberechtigung und Vielfalt (in all ihren Facetten) in allen städtischen Verwaltungsebenen umgesetzt und gelebt wird. Leitendes Prinzip bei der Umsetzung der verschiedenen Programme ist es, spezifische Herausforderungen und Hürden unterschiedlicher Zielgruppen zu erkennen und Leistungen bedarfsgerecht anzubieten (equity of outcome). Das Ziel: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen faire Aufstiegschancen haben.

Die Städtebeispiele verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass die kommunale Verwaltung und andere Stakeholder das Thema Vielfalt aktiv und mit einer positiven Haltung angehen. Ein politisches Gesamtkonzept ist wichtig. Die Ausgestaltung eines solchen Konzepts steht in Zusammenhang mit den Eigenheiten der Städte, wie ihrer Größe, ihrer Zuwanderungsgeschichte oder ihren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wichtig ist, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt wohl, sicher und akzeptiert fühlen. Kulturelle Besonderheiten sollten anerkannt werden. Dabei soll aber kein nebeneinander, sondern ein miteinander Leben gefördert werden. _



Lesen Sie dazu die Studie „Von der Welt lernen: Gute Praxis im Umgang mit kultureller Vielfalt“.
link.prognos.com/Von_der_Welt_lernen



Claudia Münch, Berlin
claudia.münch@prognos.com

Zusammen mit der Bertelsmann Stiftung recherchierte Prognos-Expertin Claudia Münch im Rahmen des Reinhard Mohn Preises 2018 „Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten“ weltweit nach Städtebeispielen, die als Vorbilder für einen gelingenden Umgang mit kultureller Vielfalt gelten können.

Die Revolte vergessener Regionen

Wirtschaftliche Stagnation sowie fehlende Chancengleichheit und Perspektiven in abgehängten Regionen führen zunehmend zu einem Gefühl der Ausgrenzung und zu einem abnehmenden sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, der sich nicht zuletzt im Wahlerfolg populistischer Parteien widerspiegelt. Professor Andrés Rodríguez-Pose von der London School of Economics bezeichnet diese Entwicklung als "The revenge of the places that don't matter".

Eines der derzeitigen Narrative vom Aufstieg des Populismus ist, dass er auf eine Gegenreaktion der „Verliererinnen und Verlierer“ der Globalisierung hinausläuft – Einzelpersonen, Gemeinschaften und ganze Regionen, die die Auswirkungen der Globalisierung, wie Arbeitsplatzverluste, gedrückte Löhne und unsichere Zukunftsaussichten, zu spüren bekommen. Sind populistische Wahlreaktionen demnach eine Form der kollektiven, ortsgebundenen „Rache“ der ökonomisch schwachen Regionen?



Andrés Rodríguez-Pose argumentiert, dass sich keineswegs nur die armen Menschen und Regionen erheben. Vielmehr scheint der populistische Aufschwung von Menschen in Regionen getragen zu werden, die sich seit Langem in der relativen ökonomischen und industriellen Stagnation befinden. Bis vor relativ kurzer Zeit hatten die meisten dieser Menschen sichere Arbeitsplätze und lebten an Orten mit einer soliden ökonomischen Struktur. Doch die Bevölkerung dieser Orte schrumpft, Unternehmen schließen, die Menschen verlieren ihre sicher geglaubten Arbeitsplätze, Steuereinnahmen sinken und öffentliche Einrichtungen schließen. Sie sehen, wie ihre Kinder auf der Suche nach Möglichkeiten wegziehen oder zunehmend von öffentlichen Unterstützungszahlungen abhängig werden.

Dabei konstatiert das aktuelle Deutschland-Ranking von Prognos (Zukunftsatlas 2019) durchaus positive Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs: mehr Beschäftigung, eine wachsende Bevölkerung und erstmals seit Jahren rücken die Kreise und kreisfreien Städte wieder näher zusammen. Besonders die Schere zwischen den west- und ostdeutschen Regionen hat sich in den letzten Jahren immer weiter geschlossen. Dagegen können größere Unterschiede zwischen städtischen und eher ländlichen Gebieten beobachtet werden. Daher gibt es auch in Deutschland durchaus Regionen, die am gesamtdeutschen ökonomischen Aufschwung nur relativ schwach partizipieren. Jedoch machen die Ergebnisse der Prognos-Studien deutlich, dass mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen in Deutschland nur ein Teil des Wahlerfolgs populistischer Parteien erklärt werden kann.

Vielmehr hat die Unzufriedenheit und Resignation in vielen Regionen Deutschlands eine bundesweit anzutreffende Ursache. Die aber wird erstaunlicherweise kaum thematisiert: Die Kommunalpolitik ist durch Reformen und permanente Prozesse schleichend „von oben“ entmachtet worden. Kommunen leiden unter einer allgemeinen Zentralisierungstendenz und den damit einhergehenden abnehmenden politischen Gestaltungsbefugnissen. Dadurch macht sich ein Gefühl des „Abgehängtseins“ und fehlender Partizipationsmöglichkeiten breit, das Vertrauen in den Staat sinkt. Die Kommunen und Regionen



Lesen Sie dazu die ZDF Deutschland-Studien 2018 und 2019 sowie den Zukunftsatlas:
www.prognos.com/zukunftsatlas



können oftmals nicht mehr frei entscheiden und aktiv gestalten. Sie unterliegen rechtlichen, planerischen und bürokratischen Vorgaben. Durch Landesentwicklungspläne wurde zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen lange Zeit Dörfern unter 2.000 Einwohnern jegliche Wohnbau- und Gewerbeentwicklung untersagt. Des Weiteren wird die im Grundgesetz verankerte kommunale „Selbstverantwortung“ konterkariert, wenn Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, an denen Kommunen nicht oder nur indirekt partizipieren können, zu Folgekosten führen. Beispiele sind die kostenfreie Kinderbetreuung in Niedersachsen, die Verteilung von Geflüchteten auf Kommunen oder Vorgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Kommunalpolitik wird damit zu einem zermürenden Abnutzungskampf gegenüber Land und Bund.

Kommunen und Kleinstädte verlieren dadurch ihre demokratische Stärke. Das Selbstwertgefühl sinkt und die politisch Aktiven verlieren den Mut, sich kompetent und selbstbewusst für ihren Ort einzusetzen. Wer soll sich heute noch zuständig fühlen, wenn die Schule, die Bankfiliale, das Freibad, der letzte Gasthof oder Laden vor der Schließung stehen, weil es im Ort kein Entwicklungspotenzial gibt? Das Vertrauen gegenüber dem Staat schwindet, Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein, der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet und Populismus macht sich breit.

Welche Lösungsansätze und Chancen gibt es angesichts dieser Probleme? Eine Erhöhung staatlicher Transferzahlungen in stagnierende Regionen wird die Probleme nicht beheben. Vielmehr braucht es un-

terschiedliche und Synergien erzeugende regionale Politiken. Diese dürfen jedoch nicht zentral vorgegeben werden. Die Zuständigkeiten müssen stattdessen zu größeren Teilen auf die kommunale Ebene verlagert werden. Kommunen könnten so aktiv eigene Strategien (mit-)entwickeln, Verantwortung übernehmen, mehr Teilhabemöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse erhalten. Dadurch können Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die kommunale Infrastruktur und die gewerbliche Wirtschaft in einer kommunalen Strategie gebündelt werden. Steuervorgaben an kommunale Strukturen angepasst oder klimafreundliche Mobilitätskonzepte entwickelt werden.

Wichtig ist: Bei der Reaktivierung von Orten, die keine Rolle spielen muss lokales Wissen und Denken in die Ausgestaltung und Umsetzung von Politiken einbezogen werden, um diese durch eine Fokussierung auf regionale Bedingungen und Bedürfnisse effizienter zu gestalten. Erst wenn die Kommunalpolitik in den Gemeinden und Kleinstädten wieder Gewicht und Befugnisse bekommt, wird auch ihr Ansehen in der Bevölkerung steigen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger stärkt die Kommunen, stiftet Identität, fördert die Demokratie vor Ort und setzt Wachstumsimpulse. Der entstehende Vorschuss an Vertrauen und die Freiheit, entscheiden und handeln zu können, sind eine Chance, aus vermeintlich vergessenen Regionen eine Landschaft aus „places that matter“ zu schaffen. _

Dr. Jonathan Eberle, Bremen
jonathan.eberle@prognos.com

Dr. Jonathan Eberle fasziniert die gegenseitige Abhängigkeit von ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Er wünscht sich flexible politische Strategien, um diese zu meistern. Bei Prognos liegt sein Fokus auf regionalen Impact-Analysen, sowie Innovations- und staatlichen Förderstrategien.



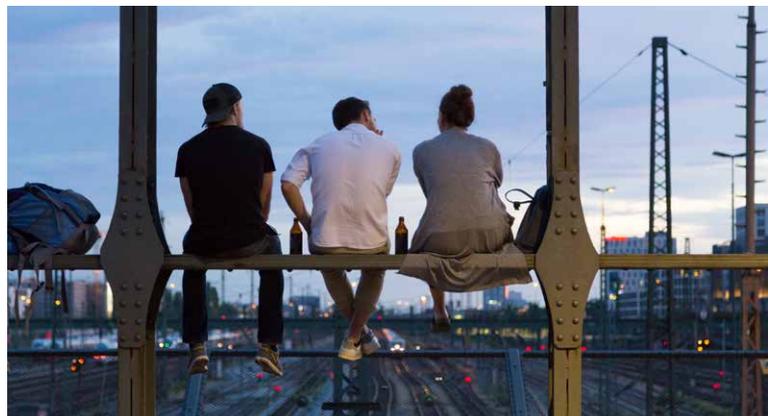
Der andere Blick auf die Bahn

Wer kennt nicht die Geschichten über Verspätungen, Zugausfälle, fehlende Informationen, defekte WCs? Die Bahn ist immer für eine Story gut. Klar, 76 Prozent Pünktlichkeit im Fernverkehr sind kein guter Wert. Aber, die Bahn, das dysfunktionale Unternehmen?

Ihrem schlechten Image stehen die großen Erwartungen an die Bahn von Politik und Gesellschaft gegenüber. Bereits im Koalitionsvertrag der Großen Koalition war ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Bahn enthalten. Und das zu Recht. Alle Analysen von Expertinnen und Experten zeigen: Die Bahn wird gebraucht – in Zukunft mehr denn je. Individuelle Reisewünsche müssen vermehrt vom öffentlichen Verkehr bedient werden, um den Verkehrsinfarkt auf Autobahnen und in Städten zu vermeiden. Auch die Klimaziele im Verkehrssektor sind nur zu erreichen, wenn ein größerer Anteil der Reisenden Bahn fährt, Güterverkehr auf die Schiene verlagert wird. Denn der Bahnstrom kann mit überschaubaren Mitteln treibhausgasneutral gemacht werden. Bereits heute werden ca. 60 Prozent des Strombedarfs der Deutschen Bahn aus erneuerbaren Quellen gedeckt – eine Quote, von der der Individualverkehr auf der Straße noch Lichtjahre entfernt ist.

Soll die Bahn den Erwartungen gerecht werden, braucht sie vor allem:

- eine Digitalisierungsoffensive in der Leittechnik zur Erhöhung der Kapazität
- zusätzlichen Kapazitätsausbau des Schienennetzes und den Wiederaufbau von zusätzlichen Ausweichgleisen
- Modernisierung und Kapazitätserweiterungen des Fahrzeugparks
- Verbesserungen des Service und der Kundenfreundlichkeit
- weitere Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Bahnstrom



Im Januar 2020 haben Bahn und Bundesregierung sich auf ein Investitionspaket von 86 Milliarden Euro für die Schiene geeinigt. In den nächsten zehn Jahren stehen somit 54 Prozent höhere Mittel zur Verfügung als in den letzten fünf Jahren. Allerdings ist noch keineswegs sicher, dass die Bahn rasch „die PS auf die Schiene“ bringen kann, denn Investitionen in komplexe Infrastruktur erfordern umfassende Planung. Die Politik ihrerseits muss den Absichtserklärungen Taten folgen lassen und die Finanzierung sichern. Dann könnte sich einstellen, wovon man heute vielleicht nur zu träumen wagt: Dass auch im Fernverkehr mindestens neun von zehn Zügen pünktlich, und die meisten Orte in Deutschland mit der Bahn schneller und besser verbunden sind als mit dem Auto. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass mit einer nachhaltigen Investitionspolitik eine Bahn auch zur nationalen Identität beitragen kann. In der Schweiz gibt es einen Konsens, dass möglichst viele Reisen mit der Bahn unternommen werden. Und man ist sich bewusst, dass dies auch die Steuerzahlerinnen und -zahler sehr viel Geld kostet: So wurden unsere Schweizer Nachbarinnen und Nachbarn „Europameister im Bahnfahren“. Statistisch fuhr jeder Schweizer und jede Schweizerin 2016 im Durchschnitt 72-mal und damit doppelt so häufig, wie die Menschen aus allen anderen europäischen Ländern.

Und wir Bahnfahrenden? Wir dürfen uns über die niedrigeren Ticketpreise freuen und sollten fair vergleichen, ob wir mit dem Auto wirklich planbarer, sicherer und umweltfreundlicher angekommen wären. Vielleicht wird die Bahn bis zum Jahr 2030 wirklich ein leistungsfähiges und modernes Mobilitätsunternehmen, auf das man in Deutschland stolz ist – und das Menschen in ganz Europa verbindet. –

Hans-Paul Kienzler, Düsseldorf
hans-paul.kienzler@prognos.com

Hans-Paul Kienzler, Prinzipal und Leiter des Bereichs Mobilität & Transport bei Prognos, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Untersuchungen zum Güter- und Personenverkehr im In- und Ausland. U. a. lieferte er Entscheidungsgrundlagen für die Wiedereröffnung der Bahnstrecke Freiburg-Colmar, die ab der zweiten Hälfte dieser Dekade gebaut werden soll.



Wohnungs(bau)politik – Zeit für die Kehrwoche

Fehlender oder nicht bezahlbarer Wohnraum in vielen Teilen des Landes gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den angespannten Ballungsräumen wird die Kluft zwischen versorgten „Insidern“ und wohnraumsuchenden „Outsidern“ immer größer. Ein schleichender Prozess der Segregation nach Einkommen und der Verdrängung breiter Gruppen des Mittelstands findet statt.

Bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, ist in vielen Teilen des Landes zu einer großen gesellschaftlichen Herausforderung geworden. Allein zwischen 2011 und 2017 – das belegen Berechnungen von Prognos – wurden in Deutschland 720.000 Wohnungen zu wenig gebaut. Durch den deutlichen Zuzug und Bevölkerungsanstieg (2011-2018: 2,6 Mio. Einwohner) ist die Wohnungsnachfrage der Erweiterung des Wohnungsangebotes weit davon davongeeilt. Der Engpass betrifft nicht nur hippe Großstädte. Er zieht sich tief in das Umland der Ballungsräume und hat vor allem in Süddeutschland längst auch stark ländliche Regionen erreicht.

Was das für die Menschen in den betroffenen Regionen bedeutet, wird weder von der Politik noch in der öffentlichen Debatte ausreichend wahrgenommen. Marktanspannung und steigende Preise bewirken eine „Umverteilung“ und schleichende soziale Segregation nach Einkommen. Alteingesessene Selbstnutzende von Wohnraum, die Immobilien geerbt haben oder während entspannter Marktphasen erwerben konnten, stehen zuziehenden Wohnungssuchenden und jungen Familien gegenüber. Gerade für junge Menschen wird es zunehmend schwer, Wohnungen nah am Arbeitsplatz zu mieten oder zu erwerben. Und es verschärft sich der Konflikt zwischen Menschen mit unterschiedlichem Einkommen. Haushalte mit geringem Einkommen und ohne Wohneigentum, sind in den angespannten Wohnungsmärkten die großen Verlierer des Immobilienbooms.

Die Herausforderungen sind immens, die Probleme von Staat und Kommunen im Zusammenspiel mit der Wirtschaft weitgehend selbst verursacht. Durch die nachlassende Neuausweisung von Wohn-



bauflächen sowie die Aktivierung von Brachen und Baugrundstücken durch die Kommunen lässt sich mit einem langfristigen Planungs- und Genehmigungsvorlauf kurzfristig keine schnelle Umkehr der Erweiterung des Wohnungsangebotes erreichen. Statt kurzfristigen und hektischen Maßnahmen ist vielmehr die Konstanz und Beständigkeit in der Wohnungspolitik des Bundes und der Länder eine zwingende Voraussetzung für einen verlässlichen Förder- und Handlungsrahmen der Marktakteure. Denn Wohnungen werden für Generationen gebaut!

Neu ist: Es fehlt nicht nur an bezahlbarem Wohnraum im Bestand. Es fehlt für den Wohnungsneubau und die Angebotserweiterung vor allem kurzfristig bebaubares Wohnbauland. Neben der stärkeren interkommunalen Verzahnung der Siedlungsentwicklung mit der Verkehrs- und sozialen Infrastrukturplanung kommt es auf die konsequente und langfristig ausgerichtete aktive Baulandpolitik an. Statt kurzfristig bebaubare Grundstücke nach dem Höchstpreisverfahren auf den Markt zu werfen und den Preisaufruf von kommunaler Seite weiter zu beschleunigen, braucht es dämpfende Instrumente mit gezielter Konzept- und Zielgruppenausrichtung auf bezahlbare Segmente. Die Novellierung des BauGB geht u. a. mit der Stärkung von Vorkaufsrechten, Baugeboten für die Kommunen sowie dem Erbbaurecht generell in die richtige Richtung. Es kommt auf die zeitnahe und zielgerichtete Umsetzung durch die Städte und Kommunen an. Städtebauliche Planungen müssen mit aktiver und langfristiger Bodenpolitik verknüpft werden, um Wohnungsmärkte zukunftsorientiert und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln bzw. zu gestalten. —

Tobias Koch, Stuttgart
tobis.koch@prognos.com



Tobias Koch, Leiter des Bereichs Region & Standort, lebt und arbeitet in einem besonders angespannten Wohnungsmarkt. Er ist Autor der Studie „Wer baut Deutschland?“ (2019) und begleitet Regionen und Kommunen bei Wohnraumkonzepten.

Standpunkt

Modern talking – geht doch!



Gute Politik allein reicht nicht. Sie muss erklärt werden und überzeugen. Nur so können Verständnis und damit auch der für politische Entscheidungen so wichtige gesellschaftliche Zusammenhalt entstehen. Musste erst die Coronakrise zeigen, dass das geht?

Der große Entertainer Hape Kerkeling sagte im Rahmen der Verleihung eines Medienpreises im Herbst 2019 über die deutsche Politik: „So wenig Kanzler wie heute war noch nie.“ Kerkeling ist nicht nur ein glänzender Unterhalter, sondern offenkundig auch ein scharfsichtiger Beobachter der deutschen Politik. Zurecht beklagt er, dass uns die Politik nicht mehr erklärt, was sie tut und warum sie es tut. Sie gefährdet damit nichts weniger als den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Erst die Coronakrise hat die Spitzen unserer Regierung wieder in den Erklärmodus versetzt. Sie erklären uns nun, warum welche Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie ergriffen werden, wie die Wirtschaft gestützt wird und warum uns das als Gesellschaft hilft. Diese argumentative Transparenz ließ die Politik über viele Jahre vermissen: Rente mit 67 oder demnächst mit 69 oder vielleicht doch mit 63? Kohleausstieg bis 2038, schwarze Null, Erhöhung des Mindestlohns, Grundrente mit oder ohne Bedürftigkeitsprüfung, Ehe für alle, Subventionierung von E-Mobilität und von Diesel-Kraftstoff, Mietpreisbremse, Auslandseinsätze der Bundeswehr – wir müssen nicht jede politische Entscheidung gutheißen. Aber es wäre gut zu wissen: Warum machen die das? Welche größeren gesellschaftlichen Ziele werden damit verfolgt? Was bedeutet das konkret für die Einzelne oder den Einzelnen? Schon bei der Kindererziehung gilt schließlich: Verständnis fördert Akzeptanz (okay, manchmal).

Beispiel Anhebung des Renteneintrittsalters: Diese ungeliebte Maßnahme begründet die Politik mit der Alterung, drohenden Beitragssatzsteigerungen und Rentenniveauabsenkungen. Abstrakter geht es nicht! Warum erklärt uns die Politik nicht zunächst einmal, dass die steigende Lebenserwartung etwas Wunderbares ist und warum wir immer länger leben? Das hat nämlich sehr viel mit guter Politik in der Vergangenheit zu tun: Politik in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Ernährung, Verkehr, Arbeitsschutz, Umwelt usw. Länger leben zu können, ist ein Geschenk der Gesellschaft an jede und jeden Einzelnen; davon ein wenig zurückzugeben, indem man etwas länger arbeitet, ist doch nicht unbotmäßig. Erscheint so die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht gleich in einem anderen Licht?

Es ließen sich weitere Beispiele nennen. Sie zeigen: Fehlt die Erklärung, fehlt die Akzeptanz. Ohne Akzeptanz und einen Grundkonsens darüber, was richtig ist, aber steht der soziale Zusammenhalt auf einem wackeligen Fundament. Als Bürgerinnen und Bürger, denen der gesellschaftliche Zusammenhalt wichtig ist, können wir von der Politik erwarten, dass sie ihre Entscheidungen erklärt. Wir wollen zurecht wissen, warum das, was Politikerinnen und Politiker beschließen, gut ist für die Gesellschaft und gut ist für viele Einzelne. Wir wollen wissen, warum es jetzt konkret hilft oder warum es zukunftsweisend ist. Und wir wollen wissen, warum es sich lohnt, eine Entscheidung auch dann mitzutragen, wenn sie auf den ersten Blick unbequem scheint oder mit Einbußen verbunden ist. Wenn Politik das schafft, muss sie auch nicht jede Mehrbelastung einer oder eines Einzelnen mit Heller und Pfennig kompensieren.

Erklären, werben, überzeugen – das ist viel Arbeit. Anderenfalls aber wird es auch der besten Politik nicht gelingen, die Menschen mitzunehmen und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Sollte also ausgerechnet die Coronakrise einen dauerhaften Umschwung in der Kommunikation der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern bewirkt haben – man könnte ihr fast etwas Gutes abgewinnen. _



Dr. Michael Böhrer, München
michael.boehmer@prognos.com

Prognos-Partner Dr. Michael Böhrer ist davon überzeugt, dass sozialer Zusammenhalt nur mit einer Wirtschafts- und Sozialpolitik aus einem Guss gelingen kann. Da ihm das Thema am Herzen liegt, hat er gleich mal ein ganzes Buch dazu geschrieben: „Die Wirtschaft wächst, der Wohlstand nicht – Wie Deutschland wieder glücklich wird“.

Das Buch ist im Finanzbuch-Verlag München erschienen:
<https://bit.ly/39cK325>



Blick in die Projekte

Orientierung für die Welt von morgen

Prognos stellt in den nächsten drei Jahren das Zukunftsbüro im Rahmen des neuen Foresight-Prozesses des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Projektpartner von Prognos ist Z_punkt. Durch eine wissenschaftlich basierte strategische Vorausschau will das Bundesministerium für Bildung und Forschung mögliche, wahrscheinliche, wünschenswerte – und auch zu vermeidende – Zukünfte sichtbar machen. Die Aufgabe des Zukunftsbüros ist es, gesellschaftliche oder technologische Themen und Zukunftstrends zu identifizieren. Diese werden in Themenblättern erläutert und teilweise in separaten Studien anhand vertiefter Fragestellungen weiter untersucht werden. In der ersten Vertiefungsstudie zum Thema „Werte“, werden mögliche Entwicklungstendenzen und Einflussfaktoren auf die Wertelandschaft in Deutschland erfasst.

Auftraggeber:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Kontakt:

Cordula Klaus
cordula.klaus@prognos.com

Wie das Rheinische Revier und die Region Düsseldorf-Kreis Mettmann einander ergänzen

Wie sind die Region Düsseldorf-Kreis Mettmann und das Rheinische Revier miteinander verflochten? Worin liegen Unterschiede und welche Synergien lassen sich nutzen? Eine Wirkungsraumanalyse von Prognos zeigt: Trotz oder gerade wegen der Unterschiede finden sich viele Potenziale für Synergien, von denen beide Regionen in Zeiten des Strukturwandels profitieren können. Die unterschiedlichen Raumkontexte – hier ein Ballungsraum mit dem am dichtesten besiedelten Kreis Deutschlands, dort ein Verbund von sieben überwiegend ländlichen Kreisen mit flächenintensiver Bewirtschaftung – bieten Chancen, die Defizite der jeweils anderen Region auszugleichen.

Auftraggeber:



DÜSSELDORF -
KREIS METTMANN
REGIONALMANAGEMENT

Kontakt:

Frederike Krinke-Häusler, Fabian Malik
frederike.krinke-haeusler@prognos.com

Status quo der Unabhängigen Patientenberatung (UPD)

Gut erreichbar, bürgernah, qualifiziert – so wirbt die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) für ihr Beratungsangebot zu gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen. Ihre Förderer beauftragten Prognos mit einer Evaluation. Das Zwischenergebnis zur Hälfte des Förderzeitraums: Die UPD hat gut geschultes Personal und bietet Beratung auf hohem Niveau. Dieses Angebot gilt es weiterzuentwickeln. Die Bekanntheit der UPD ist zu verbessern, das Qualitäts- und Wissensmanagement entspricht noch nicht den notwendigen Anforderungen. Vor allem bereiten die Personalfuktuation und nachhaltige Stellenbesetzung Probleme. Darüber hinaus empfehlen die Prognos-Expertinnen und -Experten die fremdsprachige Beratung auszubauen und Netzwerke aufzubauen, um auch vulnerable Zielgruppen besser zu erreichen.

Auftraggeber:

GKV-Spitzenverband

Verband der Privaten
Krankenversicherung

Die Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen und
Patienten

Kontakt:

Andreas Heimer
andreas.heimer@prognos.com

Jobwende – Effekte der Energiewende auf Arbeit und Beschäftigung

Eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 95 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 (G95-Szenario) ist mit positiven wirtschaftlichen Effekten verbunden. Eine Prognos-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass durch die energetische Sanierung von Gebäuden zum Beispiel neue Arbeitsplätze im Baugewerbe entstehen. Aber natürlich gibt es auch Verluste und die können bei den Betroffenen zu finanziellen und sozialen Einschnitten führen. Die Studie liefert über die Erhebung hinaus auch erste Schritte im Hinblick auf Handlungsempfehlungen für einen sozial verträglichen Strukturwandel.

Auftraggeber:



Kontakt:

Markus Hoch
markus.hoch@prognos.com

Langzeitpflege im Wandel

Die Menschen werden immer älter, viele leiden unter demenziellen, chronischen oder mehrfachen Erkrankungen. Für eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung müssen die Berufsprofile der Pflegefachkräfte angepasst und z. B. die Eigenverantwortung beruflich Pfleger gestärkt werden. Hochschulisch ausgebildete Fachkräfte erhöhen zudem die Qualität der Pflege und die Attraktivität des Berufs. Allerdings steigt der Finanzbedarf. Ein höherer (auch durch Steuermittel gespeister) Pflegevorsorgefonds könnte den Mehrbedarf ausgleichen, sagen Expertinnen und Experten von Prognos, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung den Wandel in der Langzeitpflege untersucht haben. Eine solche Finanzierungsoption würde die Lasten zwischen den Generationen besser verteilen.

Auftraggeber:

| BertelsmannStiftung

Kontakt:

Laura Sulzer, Gwendolyn Huschik
laura.sulzer@prognos.com

Szenarien zur Zukunft der Onshore-Windindustrie

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Onshore-Windindustrie haben sich deutlich verändert. Vor allem die veränderte Genehmigungspraxis bremst den Ausbau. Prognos hat drei Szenarien zum künftigen Ausbau von Windparks an Land erstellt. Deutlich wird: Auch zukünftig wird die Zubaudynamik die Entwicklung von Beschäftigung und den Erhalt von Wertschöpfungsstrukturen und Know-how bestimmen. Im Szenario mit einem Erneuerbare-Energien-Anteil an der Stromerzeugung von 65 Prozent etwa, übertrifft 2030 die Zahl der Erwerbstätigen sogar das heutige Niveau um annähernd 10.000 Personen.

Auftraggeber:



Kontakt:

Jannis Lambert
jannis.lambert@prognos.com

Kreativ erfolgreich

39 Milliarden Euro Umsatz in 2018, rund 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon 29 Prozent Akademikerinnen und Akademiker – die Zahlen, die Prognos für das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen erhoben und ausgewertet hat, belegen: Die Kreativwirtschaft des größten deutschen Bundeslandes boomt und gehört zu den beschäftigungsstärksten Branchen im Land. Zu den zentralen Arbeitgebern zählen die Teilmärkte Software/Games, Werbung, Design und Presse. Die umsatzstärksten Teilmärkte in NRW waren 2018 Werbung, Design, Presse und Buch. Sie erwirtschafteten zusammen zwei Drittel des Gesamtumsatzes der Branche in NRW.

Auftraggeber:

CREATIVE.NRW
Kompetenzzentrum Kreativwirtschaft

Kontakt:

Kathleen Freitag
kathleen.freitag@prognos.com

Fahrzeugbau in Oberbayern boomt

Die Aussichten für den Fahrzeugbau in Oberbayern sind gut – doch es gibt auch Herausforderungen: Alternative Antriebe gewinnen an Bedeutung, die digitale Transformation treibt den technologischen Wandel voran, neue Wettbewerber steigen in den Markt ein. Der Fahrzeugbau ist die mit Abstand wichtigste Industriebranche in Oberbayern und hat sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt – das ist ein Ergebnis der Branchenstudie für die IHK München und Oberbayern. Allein zwischen 2000 und 2017 nahm die Beschäftigtenzahl um knapp ein Viertel zu. Mittlerweile arbeiten über 100.000 Menschen direkt in diesem Wirtschaftszweig.

Auftraggeber:



Kontakt:

Johann Weiß
johann.weiss@prognos.com

RÜCKBLICK IN BILDERN



Prognos stellt auf der Eröffnungsveranstaltung des Berliner Futuriums die Arbeit des Foresight-Zukunftsbüros vor.



Auf dem Logistik-Barcamp „Moving Cities – Logistikszenerarien der Zukunft“ in Düsseldorf



11. Unternehmenstag des Netzwerkbüros „Erfolgsfaktor Familie“ in Berlin



Prognos auf den Rosenheimer Fenstertagen



Prognos präsentiert die Ergebnisse des Trendreports „Digitaler Staat“ auf dem Kongress e-nrw in Düsseldorf/Neuss.



Prognos auf der internationalen Konferenz "Energetika XXI" in St. Petersburg



Heidberger Symposium „Digitale Transformation“ in der Entsorgungsbranche - auf dem Weg zur Smart City



European Silk Road Summit in Venlo: Prognos-Keynote-Speech über den Schienengüterverkehr entlang der Neuen Seidenstraße



Auf ein Wort zur Zukunft!

Buchen Sie eine Rednerin oder einen Redner von Prognos unter www.prognos.com/redner oder scannen Sie den QR-Code.



Wir geben Orientierung.

www.prognos.com

